

SCHLUSSFOLGERUNGEN
der Interparlamentarischen Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und
Sicherheitspolitik und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
Paphos, 9.-10. September 2012

Einleitende Bemerkungen

1. Die Eröffnungssitzung der Interparlamentarischen Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, im Folgenden als "Interparlamentarische Konferenz" bezeichnet, fand – entsprechend den Beschlüssen der Konferenz der Präsidenten der EU-Parlamente bei ihren Sitzungen am 4. und 5. April 2011 in Brüssel und am 20. und 21. April 2012 in Warschau – im Rahmen der parlamentarischen Dimension der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft auf Einladung des Abgeordnetenhauses der Republik Zypern am 9. und 10. September 2012 in Paphos statt.
2. Die Interparlamentarische Konferenz hat ihre Geschäftsordnung verabschiedet. Alle von den nationalen Parlamenten vorgelegten und nicht in die Geschäftsordnung aufgenommenen Änderungen werden von einem von der Interparlamentarischen Konferenz einzusetzenden Ad-hoc-Ausschuss geprüft, der diese Vorschläge bewertet und der Parlamentspräsidentenkonferenz innerhalb von achtzehn (18) Monaten nach der ersten Sitzung der Interparlamentarischen Konferenz Vorschläge unterbreitet. Die kommende irische Ratspräsidentschaft wird gebeten, der Interparlamentarischen Konferenz einen Vorschlag hinsichtlich der Zusammensetzung des Überprüfungsausschusses zu unterbreiten.
3. An der Interparlamentarischen Konferenz nahmen Delegationen der nationalen Parlamente der siebenundzwanzig (27) EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments sowie Delegationen der nationalen Parlamente von EU-Beitrittskandidaten und NATO-Mitgliedstaaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Union sind, als Beobachter teil.
4. Die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Baroness Catherine Ashton, nahm an der Sitzung teil und erläuterte die Prioritäten und Strategien der EU im Bereich der GASP und GSVP. Der Rede der Hohen Vertreterin folgte eine fruchtbare Debatte über aktuelle Entwicklungen in diesen Bereichen.
5. Eine Teilsitzung befasste sich mit dem Thema "Die EU und der arabische Frühling". Dabei ergriffen der Außenminister der Republik Zypern, Dr. Erato Kozakou-Marcoullis, sowie der Sonderbeauftragte der Europäischen Union für den südlichen Mittelmeerraum, Bernardino León, das Wort. Dazu wurden Vertreter von Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas als Sondergäste eingeladen, um der Eröffnungssitzung der Interparlamentarischen Konferenz beizuwohnen. Delegationen des jordanischen und libanesischen Parlaments nahmen an dieser Sitzung teil. Der Schwerpunkt der Diskussionen lag auf den aktuellen Entwicklungen in Bezug auf den demokratischen Reformprozess in den südlichen Mittelmeerländern infolge des arabischen Frühlings sowie der fortwährenden Krise in Syrien.

6. Der Verteidigungsminister der Republik Zypern, Demetris Eliades, stellte die aktuellen außenpolitischen Themen vor, die während der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft von Belang sind.

Die Interparlamentarische Konferenz hat folgende Schlussfolgerungen angenommen:

Die Interparlamentarische Konferenz,

- A. *eingedenk und unter uneingeschränkter Achtung der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts,*
- B. *eingedenk des Protokolls Nr. 1 des Vertrags von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union,*
- C. *im Bewusstsein der neuen Dynamik und der Erwartungen hinsichtlich einer effektiveren und kohärenteren Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU infolge der Annahme des Vertrags von Lissabon und im Bewusstsein der Notwendigkeit der gemeinsamen Bekämpfung der zunehmenden globalen Herausforderungen für die Sicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen der Unionsbürger,*
- D. *eingedenk der Tatsache, dass die GASP und GSVP der Union die Beiträge verschiedenster Akteure und politische Maßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene beinhalten,*
- E. *in dem Bewusstsein der Tatsache, dass der vielschichtige Charakter der GASP und GSVP die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament, die die Bestrebungen und Erwartungen der EU-Bürger zur Sprache bringen, unter uneingeschränkter Achtung der Rechte und Pflichten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments auf ihren jeweiligen Ebenen erfordern,*
- F. *in dem Bewusstsein der Notwendigkeit, im Hinblick auf die GASP und GSVP der EU die parlamentarische Kontrolle der politischen und haushaltspolitischen Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene zu gewährleisten,*
- G. *die Tatsache zur Kenntnis nehmend, dass die EU mit weiteren internationalen Organisationen, z.B. der NATO, den Vereinten Nationen und der OSZE zusammenarbeitet, um einen umfassenden, kohärenten und effektiven Ansatz in Bezug auf Verbesserungen in den Bereichen Sicherheit und Frieden zu gewährleisten,*
- H. *in Kenntnis der Tatsache, dass dieser politische Bereich nicht nur ausreichende EU-Ressourcen, sondern auch den aktiven Beitrag und die Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten und einen starken Impuls in Richtung einer besseren Koordinierung ihrer politischen Maßnahmen erfordert, und in dem Bewusstsein, dass dies auch die schrittweise Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik beinhaltet,*

1. *die Durchführung fairer und freier Wahlen in Tunesien, Ägypten und Libyen begrüßend; bestürzt über das nicht enden wollende Blutvergießen in Syrien und die am 23. Juli 2012 angenommenen Schlussfolgerungen des Rates begrüßend,*
1. beschließt, das demokratische Engagement in der GASP und GSVP der Union durch die Förderung eines systematischeren, regelmäßigeren und rechtzeitigeren Informationsaustauschs über die verschiedenen Aspekte und Folgen der GASP und GSVP auf nationaler und europäischer Ebene zu verstärken;
2. ist entschlossen, mithilfe dieses verstärkten Dialogs und Informationsaustauschs die Schwächen der GASP und GSVP in Bezug auf Entscheidungen, den Aufbau von Fähigkeiten und Operationen zu bekämpfen, um diese im Hinblick auf die Bewältigung unserer gemeinsamen Herausforderungen und die Verfolgung unserer gemeinsamen Ziele effektiver und effizienter zu gestalten;
3. arbeitet diesbezüglich eng mit der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, die zu allen Treffen der Interparlamentarischen Konferenz eingeladen wird, zusammen und unterstützt sie *und sämtliche* Maßnahmen zur Entwicklung eines gemeinsamen *und kohärenten* Ansatzes sowie einer gemeinsamen *und kohärenten* Reaktion auf aktuelle außenpolitische Herausforderungen;
4. ist der Auffassung, dass die Stärkung der GASP der EU eine regelmäßige Überprüfung der laufenden GSVP-Missionen der Union beinhaltet, um ihre Effektivität und allgemeine Kohärenz sowohl mit den bilateralen politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten als auch den allgemeinen außenpolitischen Handlungen der Union unter uneingeschränkter Achtung der Vorrechte des jeweils anderen zu erhöhen;
5. ist der Auffassung, dass die Rolle der Europäischen Verteidigungsagentur als Schnittstelle zwischen den Initiativen der EU und der Mitgliedstaaten zum Aufbau ziviler und militärischer Fähigkeiten ebenfalls Gegenstand regelmäßiger parlamentarischer Kontrolle sein sollte;
6. ist darüber hinaus der Auffassung, dass die Glaubwürdigkeit der Union als globaler Garant für Sicherheit, Frieden und Wohlstand und als Förderer demokratischer Werte von ihrer Fähigkeit abhängt, Anreize zu schaffen und die demokratischen Prozesse in ihrer Nachbarschaft zu unterstützen;
7. ist überzeugt, dass die Parlamente in Bezug auf die Förderung demokratischer Werte und rechenschaftspflichtiger Systeme der guten Staatsführung eine entscheidende Rolle spielt, und betont daher die Notwendigkeit einer stärkeren Rolle der Parlamente, insbesondere bei der Unterstützung der demokratischen Reformen in ihrer südlichen und östlichen Nachbarschaft;

8. vertritt den Standpunkt, dass dies unter anderem eine stärkere Überwachung und Koordinierung der demokratischen Prozesse in der südlichen und östlichen Nachbarschaft der Union erfordert, und zwar mithilfe gemeinsamer Initiativen und eines verbesserten Informationsaustauschs sowie parlamentarischer Aktivitäten zur Unterstützung dieser Länder;
9. fordert die Präsidentschaft auf, vor der nächsten Sitzung der Interparlamentarischen Konferenz dementsprechende Vorschläge zu erarbeiten;
10. bittet die Präsidentschaft, die vorliegenden Schlussfolgerungen an die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Europäischen Rat und die Europäische Kommission weiterzuleiten.

10. September 2012